

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 9. Oktober 1919, Nr. 402.

Die Ausgabe des städtischen Notgeldes. Die von der Stadt Wien zur Behebung der Kleingeldnot im Betrage von 3 Millionen Kronen ausgegebenen 20 h Papier-Notgeldscheine, die heute fertig gestellt worden sind, wurden bereits an die städtische Hauptkasse und an die Unternehmungen, wie Straßenbahn, Elektrizitätswerke, Gaswerke, ausgegeben, wonach sie den Weg in die Bevölkerung finden werden. Die Fahrgäste der Straßenbahn werden also bereits morgen früh die neuen 20 h Kassenscheine von den Schaffnern bekommen. Die Kassenscheine sind ungefähr halb so groß wie die Ein-Kronennoten. Auf der Vorderseite zeigen sie einen blauen Raster und ~~in~~ in Schwarzdruck die Aufschrift „Kassenschein der Stadtgemeinde Wien über 20 h“. Darunter befindet sich die Haftungserklärung der Gemeinde, die Unterschriften des Bgm. Raumann, des VB. Hoss und des StR. Breitner. Die Rückseite enthält auf weißem Grund die Bemerkung, daß die Kassenscheine zur Linderung der Kleingeldnot bis zum Gesamtbetrag von 3 Millionen Kronen ausgegeben werden, daß sie von der Gemeinde bis 31. Dezember 1919 in Zahlung genommen und in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1919 in gesetzlichem Bargeld eingelöst werden.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 9. Oktober 1919, Nr. 403.

Kartoffelabgabe. Von Freitag bis Sonntag werden im 1. und 3. Bezirk  $\frac{1}{2}$  kg ausländische Kartoffeln pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Buchstabens „P“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

Zur Kartoffelversorgung. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Linder (Soz. Dem.) über die Uebertragung der Kartoffelversorgung, die bisher von der Gemeinde Wien durchgeführt wurde, an die Wiener Obst- und Gemüse Uebernahme- und Verteilungsstelle. Diese Stelle wird in Zukunft die Kartoffeln von der Kriegsgetreidegesellschaft übernehmen und dieselben ohne jede Einlagerung dem Konsum zuführen. Den Vertrag, welcher diesbezüglich zwischen der Gemeinde Wien und der Obst- und Gemüse Uebernahme- und Verteilungsstelle geschlossen wurde, bezeichnete der Referent für die Gemeinde ausserordentlich günstig.

An dieses Referat knüpfte sich eine längere Debatte, in der VB. Hoss und die StR. Josef Müller (chr. soz.), David (Soz. Dem.), Dr. Kienböck (chr. soz.) und Sirotek (Tscheche) das Wort ergriffen.

Schlüssendlich wurde der Antrag des Referenten, die Wiener Obst- und Gemüse Uebernahme- und Verteilungsstelle übernimmt die Kartoffelbeschaffung und Verteilung auf eigene Rechnung, grundsätzlich genehmigt.

Die Mehlaushilfen der Gemeinde Wien. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Linder (Soz. Dem.) über die Mehlaushilfen der Gemeinde Wien. Zur Behebung der Schwierigkeiten, mit welchen das Staatsamt für Volksernährung bei der Deckung des Bedarfes an Brot- und Verschleissmehl für die Verbrauchswoche vom 21. bis 27. September 1. J. zu kämpfen hatte, hat das Bezirkswirtschaftsamt über Ersuchen des Staatssekretärs des Amtes für Volksernährung mit Genehmigung des Bürgermeisters eine Mehlaushilfe von

280 Waggons aus den Beständen der Gemeinde Wien dem Staatsamt zur Verfügung gestellt, um die Ausgabe der vollen Brot- und Verschleissmehlquote für die erwähnte Verbrauchswoche sicherzustellen. Diese Aushilfe bestand in 150 Waggons Verschleissmehl und 50 Waggons Brotmehl, welche in Wege des Bezirkswirtschaftsamtes Stelle 3 abgegeben wurden, und in 80 Waggons Kartoffelwalgries, welche durch die Stelle 6 zur Verfügung gestellt wurden. Hierüber hat der Magistrat am 14. September 1. J. an den Stadtrat berichtet. Am 22. d. M. hat sich die Kriegsgetreideanstalt abermals an das Bezirkswirtschaftsamt mit dem Ersuchen um eine Aushilfe an Mahlprodukten gewandt, um ihr die Aufrechterhaltung der Mehlaushilfe an der Verbrauchswoche vom 28. September bis 4. Oktober 1. J. zu ermöglichen. In Stadtebung dieses Ersuchens wurde der Kriegsgetreideanstalt neuerlich 37 Waggons Feinmehl aus den Vorräten der Gemeinde Wien überlassen. Durch diese Aushilfe war es möglich in der Verbrauchswoche vom 28. September bis 4. Oktober wenigstens die halbe Kopfquote in Feinmehl abzugeben, während die zweite Hälfte der Quote in Haferflocken zur Ausgabe gelangte. Mit Rücksicht auf das gänzlich unzureichende Ergebnis der Getreideaufbringung in Deutschösterreich war die Kriegsgetreideanstalt nunmehr genötigt, auch für die Verbrauchswoche vom 5. bis 12. Oktober 1. J. um Ueberlassung von 50 Waggons Feinmehl aus den Beständen der Gemeinde Wien zu ersuchen, um den Verschleissmehlbedarf für die Ausgabe der vollen Kopfquote decken zu können. In Hinblick darauf stellte der Referent den Antrag, die Gewährung einer Mehlaushilfe von 37 Waggons Feinmehl und 50 Waggons Feinmehl aus den letzten Reserven der Gemeinde an die Kriegsgetreideanstalt nachträglich genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

An dieses Referat knüpfte sich eine lange Debatte, in der mehrere christlichsoziale Stadträte an dem Referate insofern Kritik übten, als sie verlangten, dass in Zukunft derartige Geschäftsstücke früher im Stadtrate zur Vorlage kommen sollen. Ferner bemängelten sie, dass ihre Partei von Seite der Majorität in solchen Fragen ungenügend informiert werde.

Bgm. Raumann betonte, dass in dieser Angelegenheit ein förmliches Kesseltreiben von Seite der Christlichsozialen gegen die Gemeindevorstellung unterommen worden sei. Es sei ganz selbstverständlich gewesen, dass die Gemeinde den Ansuchen der Kriegsgetreideanstalt Folge geleistet habe, weil sonst an die Verbraucher nicht die volle Mehlaushilfe zur Ausgabe hätte gelangen können. Es sei weder ihm, noch sonst jemand in Schlaf eingefallen, an sozialdemokratische Organisationen irgendwelche Vorräte aus dem eisernen Bestand der Gemeinde abzugeben. Die Vorräte seien ordnungsgemäss an die Kriegsgetreideanstalt abgeführt worden. Wie man aus diesem ordnungsgemässen Vorgang, der sicher im vitalsten Interesse der Bevölkerung gelegen ist, solche Anklagen gegen die Gemeinde erheben könne, wie es von christlichsozialer Seite geschehe, verstehe er nicht. Er werde zwar immer gesagt, dass man aus solchen Fragen kein Politikum machen wolle, aber tatsächlich geschehe gerade das Gegenteil. Man gehe in Versammlungen und erhebe die schwersten Angriffe ohne jede Grundlage. Ein derartiges Vorgehen könne man nicht länger ertragen. Es werde da ein <sup>(Redner)</sup> Remedy geschaffen werden müssen. Er habe bisher den Vorgang eingehalten, dass alle diese Angelegenheiten vor dem Stadtrat kommen müssen und das sei auch seiner Meinung nach der richtige Vorgang. Früher sei es allerdings anders gewesen. Von den Lebensmittelgeschäften der Gemeinde Wien habe der Stadtrat ~~in~~ dem christlichsozialen Regime auch nicht ein Wort erfahren.

VB. Emmerling: Früher war es so, dass die Herren über die Lebensmittelgeschäfte gar keine Information besaßen haben. Sie kannten die Geschäfte nicht, sie kannten die Lagerbestände nicht, sie wussten nicht was abgegeben wurde, es wurde transportiert und disponiert, ohne dass ein Wort darüber verloren worden wäre. Wir sind seit November im Stadtrate und haben während des provisorischen Regimes auch nicht ein Wort von diesen Geschäften gehört. Bei der Uebernahme hat sich dann herausgestellt, dass alle die Berichte, die

über die Lebensmittelgeschäfte verfasst worden sind, falsch sind. (Zwischenruf: <sup>der Christlichsozialen:</sup> Sie provozieren uns!) Ich konstatiere nur Tatsachen.

Bgm. Raumann: 26.000 K wurden für eine Fahrt nach Triest ausgegeben, ohne dass darüber berichtet worden wäre.....

VB. Emmerling: Wir haben seit 1. Juli d. J. den Auftrag gegeben, dass alle An- und Verkäufe von Lebensmitteln dem Stadtrate vorgelegt werden müssen. Sie haben dagegen seinerzeit den Beschluss gefasst, dass alle Lebensmittelgeschäfte nicht in den Stadtrat gehören. Kollege Hoss hat infolgedessen selbst keine Ahnung von den Lebensmittelbeständen, über die die Gemeinde seinerzeit verfügt hat. Als dann später hier Berichte vorgelegt wurden, so ist mit Zahlen operiert worden, die nicht richtig waren und die uns nur deshalb vorgeführt wurden, weil es gerade notwendig war, mit einer Ziffer zu kommen. Die Herren dürfen sich deshalb auf ihre Lebensmittelgeschäfte nichts einbilden.

StR. Kienböck (chr. soz.) bemerkte, dass der Theaterdonner, den man eben gehört habe, auf ihn und seine Parteigenossen keinen Eindruck mache. Was die frühere Behandlung der Lebensmittelgeschäfte anbelange, so wüssten alle Herren des Stadtrates, dass diese in Einverständnis der Parteien in der Weise durchgeführt wurden, wie es eben geschehen sei; denn eigentlich seien ja diese Sachen der Obmännerkonferenz überlassen gewesen. (VB. Emmerling: Keine Spur!) Ich bitte was ich sage ist richtig und ich erinnere mich nicht, dass die Herren eine andere Vorgangsweise verlangt hätten. Unter den damaligen Herren bestand eben die Auffassung diese Angelegenheiten nicht im Stadtrate zu behandeln. Allerdings kann man darüber verschiedener Auffassung sein, aber das eine weiss ich, dass damals diese Ansicht bestanden hat. Jetzt haben Sie die Taktik, die Sachen im letzten Moment in den Stadtrat zu bringen. Das ist fast noch schlechter als der frühere Usus. Wenn Sie ferner behaupten, dass hier mit falschen Daten operiert wurde, so bitte ich Sie, diesbezüglich nur ganz offen zu sein. Sie brauchen sich diesbezüglich keine Rücksicht auferlegen, nur heraus mit dem, was Sie wissen. (StR. Raubold <sup>(Sozialdem.)</sup> Den Manne kann geholfen werden.) Im übrigen fallen alle diese Vorwürfe auf Sie selbst zurück, weil ja damals alles mit Ihrem Einverständnis gemacht wurde.

StR. Breitner (Soz. Dem.): Ich kann feststellen, dass die <sup>gebirgung fast</sup> ~~alten~~ Lebensmittelgeschäfte, die früher zur Abwicklung gekommen waren, so leichtfertig und so unkaufmännisch war, dass sie jeder Beschreibung spottete, und dass alles, was darüber veröffentlicht werden könnte, gar nicht geglaubt werden würde. Was die vorgelegten Daten anlangt, so waren sie alle falsch. Sie waren deswegen alle falsch, weil es überhaupt keine kaufmännische Buchhaltung gegeben hat, weil durch 4 Jahre keine Inventur gemacht wurde. Ihre Buchhaltung war so, dass Waren, welche angekauft wurden, so in das Inventar gegangen sind, als wenn man irgendwo ein Haus ankauft, das heißt, es hat keine Veränderungen gegeben. Dass es auch vorkommen kann, dass Waren verloren gehen etc., das ist bei ihrer Lebensmittelgebarung ganz ~~ander~~ Betracht gelassen worden. Sie haben in Ihren freien Kollegen genug, welche das bekritelt und ich glaube nicht, dass es einen Konsumverein gibt, wo derartig gewirtschaftet wird. Aus diesen Gründen waren daher auch die Ziffern, welche uns vorgelegt wurden, falsch. Diese Sache hat mit der Obmännerkonferenz gar keinen Zusammenhang.... (Bgm. Raumann: Wenn Sie gesehen hätten, in welcher Weise die Berichte in der Obmännerkonferenz erstattet wurden, so würden Sie nicht so sprechen). Die Obmännerkonferenz war eine reine Parteienvereinbarung. Das Wort Obmännerkonferenz kommt in Gemeindestatute gar nicht vor. Die Obmännerkonferenz hatte nicht das Recht auch nur fünf Kronen auszugeben, geschweige den grössere Einkäufe zu entrichten. Man hat den Herren in der Obmännerkonferenz im allgemeinen von den Geschäften Kenntnis gegeben, weiter nichts. Was beanstandet wird, dafür ist aber die Obmännerkonferenz in gar keiner Weise verantwortlich und eine Deckung dafür wäre lediglich die kaufmännische Gebarung. Diese hätte zur Verwaltung gehört und für diese Verwaltung war die frühere Mehrheit verantwortlich und sonst niemand. Redner gab nun seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass von Seite

der Majorität immer wieder Dohrton über dieses Thema provoziert werden. Mir tun es nicht, obwohl darüber kein Zweifel besteht, dass die Lebensmittelgebarung kein Rahmenthema ist. Ich erinnere mich, dass ich in der Vergangenheit mit dem Herrschaftsvertrag, das ist ein Vertrag, wenn man irgend ein Jurist vorher gesehen hätte, hätte gesagt werden müssen: Das

Ist etwas ganz ungelöstes! Und so wie dieses Lebensmittelgeschäft wurden eine ganze Anzahl anderer in der gleichen Weise abgeschlossen. Redner behauptete nochmal, dass es ein grosser Fehler war, keine kaufmännischen Bücher zu führen. Infolge dieses Unstandes habe man heutzutage erst jetzt erfahren, dass man 30 Millionen bei der Kriegsgetreideanstalt schuldig ist.

Es sei damals leider zum Teile gar keine, zum Teile eine kamerlistische Buchführung geführt worden. Die Folge davon seien eben die Uebelstände, die sich jetzt ergeben. Wenn der Majorität jetzt der Vorwurf gemacht werde, dass sie Lebensmittel aus dem eisernen Bestande hergegeben habe, so sei das mit Rücksicht auf die herrschende Not nur natürlich gewesen. Diese Lebensmittel seien ordnungsgemäss zur Abgabe gelangt und sie seien gewiss weder einem Schleichhändler noch sonst jemandem abgegeben worden. Sie seien der Regierung gegeben worden und für diesen Zweck sei ja der eiserne Bestand vorhanden. Man hätte auch den Standpunkt einnehmen können, dass man der Regierung die Lebensmittel nicht abgegeben hätte. Dann hätten wir allerdings die eisernen Vorräte erhalten, aber das Lagerhaus wäre von der Bevölkerung gestürzt worden.

Redner betonte sodann nochmals, dass die Abgabe der Lebensmittel in völlig ordnungsmässiger Weise sich vollzogen habe und dass der Gemeinde daraus nicht der geringste Vorwurf gemacht werden könne.

Vb. Hess hob hervor, dass die Anklagen, die man gegen die Majorität erhebe, darin gipfeln, dass die Minorität in nicht genügender Weise informiert werde. Es sei nicht seine Sache sich um alle Angelegenheiten zu kümmern, sondern es habe der Bürgermeister die Pflicht, ihm und seine Partei zu informieren. Er habe in der Öffentlichkeit nicht davon gesprochen, dass die Lebensmittel an sozialdemokratische Organisationen oder dergleichen abgegeben worden seien, sondern ausdrücklich gesagt, dass sie der Regierung zur Verfügung gestellt wurden. Was bekräftigt worden sei, sei nur, dass man in dieser Sache die Minorität nicht rechtzeitig informiert habe. Allerdings sei es vielleicht nicht immer angebracht, dass man die Lebensmittel der Regierung gebe; denn die Regierung verwende Lebensmittel, die für Wien bestimmt seien, für ganz Oesterreich. Im übrigen könne er nur nochmals wiederholen, dass diese ganze Debatte nicht heraufbeschworen werden wäre, wenn man seine Partei rechtzeitig informiert hätte.

Was die kaufmännische Gebarung anbelangt, so dürfe man nicht vergessen, dass schliesslich jeder Kaufmann Verluste habe. Die Verluste der Gemeinde Wien seien aber, wenn man alle Geschäfte ins Auge fasse, keinesfalls gross. Im übrigen habe niemand gewusst, dass der Krieg von so langer Dauer sein werde. Man habe wiederholt die Lebensmittelgeschäfte auf eine andere Basis stellen wollen, allein man sei immer wieder davon abgekommen, weil man geglaubt habe, dass nun doch endlich das Kriegsende herannahen werde. Er gebe zu, dass die kamerlistische Buchführung nicht am Platze gewesen sei, aber dessenungeachtet werde man nichts finden, was die frühere Gemeindevertretung gemacht habe, das nicht im Interesse der Bevölkerung gewesen wäre.

StR. Täubler (Soz.Den.) betonte, dass verschiedene Berichte deshalb dem Stadtrate nicht rechtzeitig vorgelegt werden konnten, weil Hunderte von Geschäftsstücken zu erledigen seien. Die Herren sprächen immer davon, dass sie mitarbeiten wollten. Sie verlangen aber, dass sie dann von jedem Schritt im Vorhinein in Kenntnis gesetzt werden sollen. So könne man aber die Wirtschaft nicht führen bei der Unmasse von Geschäftsstücken, die zu erledigen sind. Auch sei eine Sache, wo es sich darum handle, ob die Bevölkerung hungere oder nicht, nicht etwas so Aussergewöhnliches, dass dieshalb hier besondere Verhandlungen gepflogen werden müssten. *Denn das man in diesem Falle der Bevölkerung zu Hilfe kommen müsste, ist selbstverständlich.* Wenn die Herren sagen, dass sie mit uns arbeiten wollen und nicht die Absicht haben uns hinterrücks anzugreifen, so wäre der Vorgang, den sie in diesem Falle hätten einschlagen müssen, folgender gewesen: Der Herr Vb. Hess, dessen Zimmer sich ganz in der Nähe des Bürgermeisters befindet, hätte zu diesem Hingehen und ihn fragen müssen, wie die Sache stehe, bevor man in eine Versammlung geht und dort Lärm schlägt. Wenn er sich wirklich als Mitarbeiter fühlt, so hätte er hingehen müssen, bevor er hinausgegangen ist und uns hinterrücks angegriffen hat. Wenn die Herren so weiter arbeiten, wenn die Herren verlangen, dass sie sich hier als Kuratoren aufspielen können, so ist ein gemeinsames Arbeiten unmöglich. Ich muss schon sagen, dass wir alle aus der Debatte den Eindruck empfangen haben, dass die Herren weniger Wert auf die Mitarbeiterschaft legen, als darauf, uns in ungerechtfertigter Weise anzugreifen zu können und da werden wir es uns überlegen müssen, ob wir in weiterer Folge werden zusammen arbeiten können oder nicht.

Frau StR. Dr. Seitz (chr. soz.) bemerkte, dass solche Debatten so unfruchtbar seien, dass sie besser vermieden wären. Jeder objektive Beobachter müsse sagen, dass es grosse Schwierigkeiten bedürfte, um den Beamtenapparat in einen halbwegs kaufmännischen Apparat umzuwandeln. Dass in einem solchen Falle dann leicht Fehler vorkommen, sei selbstverständlich. Was die Information anbelange, so sei tatsächlich die Minorität wiederholt zu spät informiert worden. Rednerin begrüsse es daher, wenn gesagt werde, dass man in Zukunft die Minorität früher informieren wolle und wenn andererseits der Usus eingeführt worden sei, dass von nun an alle Lebensmittelgeschäfte vor dem Stadtrat kommen müssen. Eine ausreichende Information sei in den heutigen Zeitläufen unerlässlich, weil man die Massen beruhigen müsse.

Bgm. Reumann hob hervor, dass er bei jeder Aushilfe, welche an die Kriegsgetreideverwaltung gegeben wurde, den Auftrag erteilt habe, dass darüber sofort im Stadtrate berichtet werden müsse. Dieser sein Auftrag sei auch ausgeführt worden und der Bericht über die Mehlaushilfe für die Zeit vom 21. bis 27. September sei bereits vom 30. September datiert. Dass oft Berichte im Stadtrate nicht rechtzeitig zur Verhandlung kämen, sei richtig; aber dafür könne er nichts. Er habe prinzipiell mit den Konventikeln, die früher am Abend immer abgehalten worden sei, gebrochen, weil sich daraus Konsequenzen ergeben haben, die für die Gemeindeverwaltung nicht günstig waren, und deshalb angeordnet, dass alle Lebensmittelangelegenheiten vor dem Stadtrat kommen müssten. Ueber die ganze Gebarung der Lebensmittelgeschäfte werde in absehbarer Zeit dem Stadtrate ein Bericht vorgelegt werden. Bisher sei dies nicht möglich gewesen, weil die Überprüfung der Geschäfte ein schweres Stück Arbeit erfordert. Er wisse nicht, ob dieser Bericht dann der Minorität gefallen werde, aber jedenfalls werde er ihn dem Stadtrate vorlegen. Er sehe unbedingt darauf, dass weder er noch sonst jemand in der Gemeinde eigenmächtig vorgehe. Sein Prinzip sei daher, dass alle Berichte dem Stadtrate vorgelegt werden müssten.

StR. Dr. Kienböck (chr. soz.) bemerkte, es <sup>sei</sup> zunächst bekräftigt worden, dass die Geschäftsstücke/nicht in den Stadtrat gekommen seien. Er könne nun neuerdings darauf verweisen, dass dies eine einverständliche Auffassung gewesen sei. Es sei damals wiederholt darüber gesprochen worden und alle Herren hätten dieser Auffassung zugestimmt. Dann sei Kritik geübt worden an der kamerlistischen Buchhaltung. Auch das hätte jedermann gewusst und es sei nichts neues gewesen, dass die Gemeinde Wien keine kaufmännische Buchhaltung gehabt habe. Die gegenwärtige Majorität komme allerdings über diese Sache hindüber, weil sie eben die Lebensmittelgeschäfte überhaupt aus der Hand gebe. Redner glaube, dass die ganze Offensive, die unternommen worden sei, nicht am Platze gewesen sei.

StR. Josef Müller (chr. soz.) meinte, dass alle Beschwerden in dem Falle wegfallen würden, wenn der Bürgermeister den Auftrag geben würde, dass die Referate des Stadtrates zunächst dem Lebensmittelkomitee gegeben werden sollen. Dort habe sowohl die Minorität als auch die Majorität die Möglichkeit der freien Einsichtnahme.

Der Referent betonte in seinem Schlussworte es sei ganz eigentümlich, dass sich die Minorität darüber aufhalte, dass die Gemeinde es ermöglicht habe, der Bevölkerung die volle Brot- und Mehlquote zu geben.

Bei der Abstimmung wurden sodann die Anträge des Referenten angenommen.

Der neue Konskriptionsamtsdirektor. Der Stadtrat hat den allseits bekannten Vicedirektor des Konskriptionsamtes Franz Mayer zum Direktor dieses Amtes ernannt.